ervorragende
nd
dung
Stücke
& Co.
r Straßenbahn

Suche für Landwirtsch. kath
Jungen
der mit Pferden umgehen kann.
Gutsbes. H. Gerdemann, Bockholt, Post Gimbte bei Münster.

Kath.
Hausknecht
gesucht. vl1793
Off. unter T 5973 an das Bocholter Volksblatt in Bocholt i. W.

Gesuchte Stellen

Kath. vl1787
Mädchen
21½ J., in Küche und Haushalt gut bewandert, sucht baldmöglichst Stelle als Köchin oder Ersmädchen Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Off. unter A 1000 an Lingener Tageszeitung, Lingen (Ems).

In größter Auswahl bester Qualität und zu billigsten Preisen empfehle: b4556
Guitarren
Lauten
Mandolinen
Violinen
Mundharmonikas
Ocarinas
Trommelflöten
Guitarrezithern
Ziehharmonikas
Notenpulte
Taktstöcke
Violinkasten
Violinbogen
Tragbänder
Lautenhüllen
Mandolintaschen
Grammophone
Platten Nadeln
Spezialit.: Saiten für alle Instrumente.
M. Kneer'sche
Musikalien- und Instrumentenhandlg.
Münster i. W.
Prinzipalmarkt 29.

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 157 | Donnerstag, den 7. Juni | Jahrgang 1928

Der Liberalismus.

Die vor zwei oder drei Jahren gegründete Liberale Vereinigung hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, die Wiedervereinigung des heute in Deutsche Volkspartei und Deutsche demokratische Partei gespaltenen Liberalismus zu fördern. Demgemäß arbeiten in ihr Volksparteiler und Demokraten gemeinsam an diesem Ziele, von der Volkspartei besonders die mehr nach links neigenden Leute und die Demokraten mit Ausnahme ihres linken Flügels. Der Mißerfolg bei den Wahlen, den sowohl die Demokraten wie die Deutsche Volkspartei zu verzeichnen haben, hat nun Wasser auf die Mühle der Liberalen Vereinigung geführt. Ihr Rad hat seit ihrer Inbetriebsetzung noch nicht oft geklappert, jetzt aber scheint ihre Zeit gekommen zu sein. Denn wenn die Deutsche Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei miteinander vereinigt werden sollen — und an diesem Plan wird ernstlich gearbeitet —, dann ist die Liberale Vereinigung nach ihrer Zusammensetzung die gegebene Vermittlungsstelle. Und in ihr wird, wie aus Pressenotizen hervorgeht, nunmehr energisch daran gearbeitet, das Dach zu zimmern, unter dem die beiden liberalen Richtungen sich finden sollen.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, und der Führer der Demokraten, der Abg. Koch-Weser, sind in einer Vorstandssitzung der Liberalen Vereinigung am Dienstag abend einstimmig zu ihren Ehrenvorsitzenden ernannt worden. In der gleichen Weise wurde Geheimrat Dr. Kahl, ein gerade auch bei den Demokraten hochangesehenes Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion, geehrt. Nach dem „Berliner Tageblatt" wurde ferner beschlossen, die Verhandlungen zur Anbahnung und zur Schaffung einer liberalen Arbeitsgemeinschaft und Vereinigung innerhalb und außerhalb der Parlamente weiterzuführen und für Ende Juni eine allgemeine Tagung für die Mitglieder der Liberalen Vereinigung und für weitere Kreise einzuberufen, die an diesen Bestrebungen interessiert sind. Es kann also kein Zweifel mehr daran sein, daß sehr ernst an der Schaffung einer einheitlichen liberalen Partei gearbeitet wird. Die „Kölnische Zeitung", das führende volksparteiliche Blatt, setzt sich seit den Wahlen aufs stärkste für dieses Ziel ein. Auch das verdient Beachtung. Stärker nach rechts neigende volksparteiliche Blätter, wie der „Hannoversche Kurier", sind freilich zurückhaltender.

Wenn der Abgeordnete Erkelenz, der dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei angehört, im „Demokratischen Zeitungsdienst" die Erörterung einer Verschmelzung auf demokratischer Seite zu dämpfen sucht, so leitet ihn dabei wohl das Bestreben, zu verhindern, daß durch demokratische Unvorsichtigkeiten das Einigungswerk gefährdet werde. Mit seinem Hinweis auf die Schwierigkeiten hat er gewiß recht. Es sei, schreibt er, ebensowenig zu erwarten, daß alle demokratischen Führer, noch weniger, daß alle demokratischen Wähler, diesen Weg mitgingen. Auf dem rechten Flügel der Volkspartei würde es ebenso sein. Man solle auch nicht vergessen, daß es in den liberalen Parteien in 60 Jahren 10 Verschmelzungen und Trennungen gegeben habe. Das ermuntere nicht gerade zu neuen Verschmelzungen. Erkelenz führt zum Schluß aus, daß er durchaus nicht den weiteren Erörterungen dieser Frage entgegentreten wolle. Es handele sich im Gegenteil um einen der wichtigsten Vorgänge in der deutschen Entwicklung. Das Wort hätten zunächst aber die Fraktionen und die Parteivorstände. Der Hinweis in diesem letzten Satze läßt vermuten, daß nunmehr nach der Vorarbeit der Liberalen Vereinigung sich zunächst einmal die genannten Instanzen der beiden Parteien mit der Verschmelzungsfrage befassen werden.

Die Zentrumspartei hat allen Anlaß, die Bewegung im liberalen Lager mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im Wahlkampf hat der Abgeordnete Koch-Weser einmal die Katze aus dem Sack gelassen, als er von einer künftigen Regierung ohne das Zentrum sprach und die Vorzüge einer Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei herausstrich. Der Wunsch, das Zentrum, dessen aktive Beteiligung an der Regierung im Reich wie in Preußen seit 1919 unentbehrlich war, auszuschalten und möglichst schachmatt zu setzen, dürfte also bei den Bemühungen, Demokraten und Volksparteiler unter einen Hut zu bringen, in starker Weise mitsprechen. Die Leute, die diesen Wunsch in ihres Herzens Falten bergen, übersehen freilich etwas leichtfertig, daß den kapitalistischen Liberalismus und den Sozialismus, mögen auf kulturellem Gebiete auch mancherlei Berührungspunkte vorhanden sein und in außenpolitischer Hinsicht volle Uebereinstimmung herrschen, doch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete soviel trennt, daß eine Zusammenarbeit von Dauer ohne die vermittelnde Tätigkeit des Zentrums gar nicht möglich ist. Gefahr in der Liberalen Zusammenschlußbewegung liegt gleichwohl für das Zentrum und die von ihm vertretenen christlichen Bevölkerungskreise auf geistigem Gebiete. Eine große liberale neben der großen sozialdemokratischen Partei würde, wenn sie etwa die Mehrheit im Parlamente erlangen würden, eine Situation schaffen, in der die kulturellen Interessen des katholischen Volksteils ernstlich bedroht wären.

Mussolinis Senatsrede.

Scharfe Sprache gegen Jugoslawien.

)(**Rom**, 5. Juni. In seiner bereits gemeldeten in umfangreichen Ausführungen den ganzen Kreis der Außenpolitik erschöpfenden Rede im Senat erwähnte Mussolini anläßlich seiner Feststellung, daß die Beziehungen zu

Frankreich

auf dem Wege der Besserung seien, die erfolgreiche zweijährige Tätigkeit des früheren französischen Botschafters in Rom, Besnard, und bezeichnete es als Ziel der mit dem neuen Botschafter Beaumarchais inzwischen begonnenen offiziellen Besprechungen einerseits alle bisherigen Streitpunkte aus der Welt zu schaffen, andererseits einen großangelegten Freundschaftspakt vorzubereiten. Als strittige Punkte nannte er die Stellung Italiens in Tanger, die Frage der Italiener in Tunis und die Berichtigung der Westgrenze von Tripolis. Andere Fragen habe man zurückgestellt, um das Gelingen dieser Verhandlungen nicht zu gefährden. Die inzwischen in den Tanger-Verhandlungen erreichten Zugeständnisse an Italien bezeichnete Mussolini als zufriedenstellend und als einen vollen diplomatischen Erfolg.

In Besprechung der Beziehungen zu

Spanien

unterstrich er, daß Spanien wieder eine Rolle in der europäischen und Weltpolitik zu spielen sich anschicke und erklärte, daß nicht nur dank der Aehnlichkeit der Regierungsform, sondern aus noch tieferen Gründen die Beziehungen zwischen den beiden großen Mittelmeernationen ausgezeichnet seien und, da sich nicht das Geringste trennend zwischen sie stelle, noch enger werden könnten.

Bei der Behandlung der Beziehungen zu

Schweiz

gab Mussolini eine formelle Erklärung über die Einstellung Italiens gegenüber dem Kanton Tessin ab. Nachdem er zunächst den 1924 mit der Schweiz abgeschlossenen Freundschaftsvertrag erwähnt und erklärt hatte, obwohl dieser Vertrag nur auf zehn Jahre abgeschlossen sei, könne man ihn ruhig als „immerwährend" betrachten, fuhr er fort: Italien hat ein grundlegendes Interesse an dem Bestehen einer rein unabhängigen und neutralen Schweiz. Hinsichtlich des Kantons Tessin, der seiner Bevölkerung, seiner Sprache und seinen Sitten nach italienisch ist, ist es ebenfalls ein grundlegendes Interesse Italiens, daß dieser Kanton als festverbundenes und verbindendes Glied innerhalb der Eidgenossenschaft bleibt. Mögen, so fuhr Mussolini fort, alle diejenigen, die sich darin gefallen, aus Gespenstern Wirklichkeit machen zu wollen, von dieser klaren feierlichen und endgültigen Erklärung Kenntnis nehmen.

In seiner Rede im Senat führte Mussolini weiter aus: Hinsichtlich der Beziehungen zu

Oesterreich

will ich mich darauf beschränken zu sagen, daß sie diplomatisch korrekt sind und es wird von Oesterreich abhängen, ob sie einen höheren Grad von Herzlichkeit erreichen können. Nachdem Mussolini dann die mit den verschiedenen Staaten der

Kleinen Entente

bestehenden Betragsbeziehungen kurz aufgezählt hatte, widmete er eine eingehende Darstellung den Beziehungen zu

Jugoslawien,

wobei er u. a. sagte: Seitdem der Faschismus in Italien ans Ruder gekommen ist, hat Italien gegenüber Jugoslawien eine gradlinige Politik verfolgt. Ich bin der Ueberzeugung, daß zwischen zwei Staaten, die gemeinsame Grenzen haben, die Beziehungen immer einen ausgesprochenen Charakter tragen müssen, entweder den der Freundschaft oder den der Feindschaft. Italien hat sich grundsätzlich zu einer Politik der Freundschaft bekannt, hat sie gegenüber Jugoslawien betrieben und wollte ihr in dem Vertrag von 1924 die letzte Weihe geben. Dieser Vertrag wurde im Jahre 1925 durch die Nettuno-Konventionen ergänzt, die zu beiderseitiger Zufriedenheit die sehr komplizierten und wichtigen mit den Beziehungen der beiden Mächte im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten regelten. Seit drei Jahren wartet Italien auf die Ratifikation durch Jugoslawien. Italien beabsichtigt keineswegs, sich in die im parlamentarischen Leben eines Nachbarstaates eintretenden Wechselfälle zu vertiefen, aber es kann seine eigene auswärtige Politik diesen Wechseln und Schwankungen nicht unterordnen. Italien ist außerdem genötigt festzustellen, daß es im Vertrag von 1924 nicht gelungen ist, jene geistige Atmosphäre zu schaffen, die allein bewerkstelligen kann, daß die Freundschaft den engen Bezirk der offiziellen Protokolle verlassend in das innere Leben der beteiligten Völker übergeht. In sehr vielen Kreisen Jugoslawiens überlassen sich sogar Leute, die selbst im politischen Leben eine verantwortliche Stellung bekleiden, der Hetze gegen Italien. Ein alter kroatischer Abgeordneter, ein Mann, der vielleicht ein zukünftiger Minister sein dürfte, hat vor kurzem eine Rede gehalten, die zum Krieg gegen Italien aufforderte und in der er sich die Prophezeiung gestattete, der Waffenstillstand werde in Venedig unterzeichnet werden. Dies alles verbindet sich mit völliger Unwissenheit über die tatsächlichen Zustände im faschistischen Italien und mit so maßlosen Bekundungen des Größenwahns, daß sie auf eine politische Kinderei hinauslaufen. Man kann darüber lächeln und wie es Italien bisher getan hat, völlig Gelassenheit bewahren. Aber es wäre ein schwerer Irrtum, wenn man sich von diesen Dingen keine Rechenschaft ablegen wollte.

Aus diesem Milieu der Selbstüberhebung und des Unverständnisses, von dem die Welt schließlich einmal Kenntnis nehmen muß, erklären sich ohne weiteres Vorfälle wie die letzten in Spalato, Sebenico und Agram, die außerordentlich schwer genannt werden müssen, einmal wegen der dabei vorgekommenen Gewalttätigkeiten und Zerstörungen und andererseits besonders, weil sie nicht etwa durch angebliche Zwischenfälle in Zara, die niemals vorgekommen sind oder durch das Verhalten italienischer Studenten hervorgerufen worden sind, denn das Verhalten der italienischen Studenten war, wie es sich für Mitglieder eines großen Volkes gehört, von vollendeter Disziplin, sondern durch nichts veranlaßt, als durch die einfache Mitteilung, daß der jugoslawische Minister des Aeußern, Marinkowitsch, dank seines Mutes und seines guten Willens sich entschlossen habe, die Konvention von Nettuno dem Parlament zu unterbreiten.

Sobald die italienische Regierung von den Berichten der italienischen Konsuln und des Gesandten in Belgrad Kenntnis genommen hatte, hat sie formell um Genugtuung ersucht. Die jugoslawische Regierung hat Gutmachung der Schäden zugesagt und vom diplomatischen Gesichtspunkt aus kann deshalb der Zwischenfall als erledigt betrachtet werden. Man kann sogar in dieser raschen und loyalen Annahme der italienischen Forderungen ein Zeichen des guten Willens sehen, von dem der Minister des Auswärtigen Marinkowitsch beseelt ist und ebenso ein Zeichen dafür, daß er gewillt ist, die Freundschaftspolitik neu zu beleben, die Italien seinerseits ehrlich zu befolgen bestrebt ist, nicht allein im Interesse der beiden Staaten, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

Zum Schluß möchte ich gewissen Kreisen jenseits des Monte Nevoso das folgende zurufen: „Seid klug und bewahrt einen kühlen Kopf. Hört nicht auf die sinnlosen Märchen des Antifaschismus, der in seiner Verzweiflung Euch als seinen letzten Trumpf ausspielen möchte. Legt Euch Rechenschaft darüber ab, wie die Dinge wirklich liegen. Italien haßt Euch nicht und legt Eurem friedlichen Vorwärtskommen nichts in den Weg. Aber bemüht Euch, uns Italiener kennenzulernen und denkt daran, daß Italien, das in allen Epochen einen achtungsgebietenden Beitrag zum Werk der westlichen Zivilisation geleistet hat, heute unter faschistischer Führung ein Volk geworden ist, dessen Freundschaft zu pflegen und nicht dessen Feindschaft zu entflammen Euch zukommt."

*

Friedensverträge, Reparationen, Abrüstung und Völkerbund.

)(**Rom**, 5. Juni. (Agenzia Stefani.) Im zweiten Teil seiner großen außenpolitischen Rede kam Mussolini ausführlich auf die allgemeinen Fragen der auswärtigen Politik zu sprechen und beschäftigte sich zunächst mit den

Schiedsverträgen.

Kein Vertrag, so führte der Ministerpräsident u. a. aus, ist ewig, denn sie sind der Abschluß einer Zeit ungeheurer Opfer und großer Leiden, aber sie sind nicht das Werk göttlicher Gerechtigkeit, sondern das Erzeugnis menschlichen Geistes. Niemand kann behaupten, daß die Friedensverträge ein vollkommenes Werk sind. Es sind in ihnen Bestimmungen territorialer, kolonialer, finanzieller und sozialer Art enthalten, die unter dem Gesichtspunkt von Verbesserungen erörtert werden können. Mussolini sprach darauf in längeren Ausführungen über das

Reparations- und Schuldenproblem.

Der italienische Standpunkt, so betonte Mussolini, gründet sich auf die enge Verknüpfung oder, besser gesagt, auf die wechselseitige Abhängigkeit von Reparationen und Schulden. Dieser Standpunkt ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung und durchaus unerschütterlich. Die ganze Frage ist von außerordentlich großer Ausdehnung. Sie umfaßt nicht nur politische und finanzielle Dinge, sondern auch

das Problem der Rheinlandsbesetzung.

Mussolini sprach den Wunsch aus, man möchte unter das historische Kapitel, das die Unterschrift „Reparationen" trägt, das Wort „Ende" setzen. Das würde der europäischen und der Weltwirtschaft zum Vorteil gereichen. Mussolini ging dann auf die Frage der Abrüstung über und wies nochmals auf die italienische Auffassung in dieser Frage hin, wie sie bereits im November 1927 und im März 1928 von der italienischen Delegation auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zum Ausdruck gebracht wurde. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Mussolini die Beschuldigungen zurück, daß

der Faschismus gegen den Völkerbund feindselige Gesinnung

hege oder für ihn nur wenig Sympathie übrig habe. Die Teilnahme Italiens am Leben des Völkerbundes ist in jeder Hinsicht aktiv. Mussolini schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß die neue politische Verfassung Italien und die auswärtige Politik der faschistischen Regierung Italien Weltgeltung verschafft habe. Italien will den Frieden, aber es kann und darf nicht den notwendigen Waffenschutz seiner Einheit, seiner Unabhängigkeit, seiner Sicherheit vernachlässigen.

*

Marinkowitsch über die italienisch-südslawischen Beziehungen.

)(**Paris**, 6. Juni. Der Außenpolitiker des „Matin", der gegenwärtig in Belgrad sich aufhält, hatte mit dem serbischen Außenminister Marinkowitsch gestern eine Unterredung, in der dieser über die italienisch-südslavische Spannung erklärte: Ich glaube auf jeden Fall, daß die Ratifikation der Abkommen von Nettuno, deren Verzögerung auf beiden Ländern lastete, die Lage klären wird. Wir werden alsdann mit größerem gegenseitigen Vertrauen andere Probleme in Angriff nehmen, für die dringend eine Lösung gefunden werden muß, um die Erneuerung des „Pakt von Rom" benannten Freundschaftsvertrages zu ermöglichen. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß wir durch diese Methode eine solide Grundlage für unsere künftigen guten Beziehungen und eine für beide Länder unerläßliche politische Zusammenarbeit werden schaffen können.

Die erste Sitzung des neuen französischen Senats.

Erregte Auseinandersetzung über die Währungsstabilisierung.

△ **Paris**, 5 Juni. In der heutigen ersten Sitzung des Senats, in der die Frage der Beratung der vorliegenden Interpellationen erörtert wurde, kam es bei der Frage der Diskussion der Interpellation des radikalen Senators Soulié über die legale Stabilisierung der Währung zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem radikalen Senator Hery und Poincaré.

Hery erklärte u. a.: Die Bank von Frankreich ist Schuld daran, wenn heute eine zügellose Spekulation eingesetzt hat, die eine allgemeine Preiserhöhung hervorrufen wird. Die Bank von Frankreich veröffentlicht unverständliche Ziffern über die Beträge ausländischer Devisen, die auf dem Pariser Markt angeboten und aufgekauft wurden und deren Betrag mit rund 45 Milliarden angegeben wird. Der Finanzausschuß muß sofort genauer unterrichtet werden und der Gouverneur der Bank von Frankreich hat die Verpflichtung, einen Bericht zu erstatten.

Als Senator Hery schloß: „Wir haben Befürchtungen, die tragische Wahrheit werden können" entgegnete Poincaré in erregtem Tone: Die Interpellation des Senators Hery ist falsch adressiert, wenn sie an die Adresse des Finanzausschusses oder an diejenige des Gouverneurs der Bank von Frankreich, der Beamter ist, gerichtet wird. Ueberdies sind die von ihm angeführten Zahlen unrichtig. Es ist eine große Ungeschicklichkeit, hier im Senat gefährliche Behauptungen aufzustellen, die die Spekulanten morgen gegen die französischen Finanzen ausnützen können.

Der Senator Hery bemerkte in einem Zwischenruf: Auch die am meisten ernst zu nehmenden Zeitungen behaupten, die Bank von Frankreich habe für 30 Milliarden Devisen gegen sofortige Zahlung und für 15 Milliarden Devisen auf Termin gekauft, die in den Wochenausweisen der Bank nicht in Erscheinung träten.

Poincaré protestierte gegen die Unterstellung, daß die Ziffern der Bank nicht richtig seien, er erklärte: Die Operationen der Bank sind durchaus legal, sie haben es gestattet, die de facto-Stabilisierung herbeizuführen, die seit 18 Monaten besteht. Es ist im höchsten Grade unvorsichtig, so unrichtige Behauptungen aufzustellen, wie Senator Hery es getan hat. Dieser erwiderte: „Sie haben uns, Herr Finanzminister, am 7 März erklärt, daß Sie Maßnahmen gegen den Sturz des Franken ergriffen hätten und daß diese Operation höchstens drei Milliarden in Anspruch nehmen werden. In Wirklichkeit sind für Spekulationen gegen die Erhöhung des Frankenkurses Beträge in Höhe von 45 Milliarden ausgegeben worden."

Schließlich erklärte Poincaré, daß die Interpellation Soulié über die Finanzlage diskutiert werde, bevor der Senat in die Ferien gehe.

*

Die Wahl des Kammerpräsidiums.

Paris, 5. Juni. Der Ausfall der heutigen Wahlen zum Kammerpräsidium wird in parlamenturischen Kreisen als ein Ereignis von großer politischer Bedeutung gewertet. Die linksstehenden Gruppen hatten den Erfolg zu verzeichnen, daß nicht nur der bisherige sozialistische Kammerpräsident Bouisson trotz der scharfen Agitation Franklin Bouillons im ersten Wahlgang gewählt wurde, sondern daß auch die drei heute gewählten Vizepräsidenten sowie sieben von acht Sekretären und zwei von drei Quästoren Kandidaten der Linken sind. Die Agentur Havas weist darauf hin, daß man aus diesen Wahlen allerdings nicht mit absoluter Sicherheit auf die allgemeine politische Einstellung der neuen Kammer und ihre künftige Haltung gegenüber der Regierung schließen dürfe. Es sei z. B. sicher, daß heute vier Radikale und Sozialrepublikaner, die die Regierung Poincarés unterstützen, für Bouisson und die Liste der Linken gestimmt haben. Es bestätigt sich nunmehr, daß sich das Präsidium der Kammer morgen nachmittag konstituieren wird, und daß am Donnerstag nachmittag die Regierungserklärung verlesen werden wird.

*

Vor der Regierungserklärung.

:: **Paris**, 6. Juni. Havas glaubt berichten zu können, daß die Regierungserklärung, deren Verlesung nicht weniger als eine halbe Stunde in Anspruch nehmen werde, nacheinander alle aktuellen Probleme behandeln werde, nämlich: Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der nationalen Einigung, Unantastbarkeit der Laiengesetzgebung, unverzügliche Anwendung des sozialen Versicherungsgesetzes, Wohnungspolitik. Hinsichtlich der Finanzpolitik werde sich Poincaré verpflichten, das Sanierungswerk fortzusetzen und betonen, daß das Budgetgleichgewicht unter allen Umständen erhalten und die Amortisation der Schuld noch schärfer in Angriff genommen werden müsse, jedoch werde er seinen Standpunkt über die legale Stabilisierung nicht offiziell bekanntgeben. Die elsässische Frage werde gleichfalls berührt und hinsichtlich der Außenpolitik die Notwendigkeit der Fortführung der Verständigungspolitik betont werden unter Hinweis auf das verallgemeinerte Schiedsgerichtsverfahren, das besonders günstige Aussichten für den Frieden biete.

Friede mit der Kirche in Mexiko?

◈ **Newyork**, 6. Juni. Nach einer Meldung der „World" ist der Frieden zwischen der Kirche und dem Staate Mexiko endgültig wieder hergestellt worden. Man erwarte, daß der Vatikan das Uebereinkommen in einigen Tagen bestätigen werde.

÷ **Newyork**, 6. Juni. Wie die Meldung der „Newyork World" über das zwischen Kirche und Staat in Mexiko getroffene Abkommen weiter besagt, werden die Kirchen wieder geöffnet werden. Die Priester werden ihr Amt wieder übernehmen und die kirchlichen Handlungen können wieder öffentlich vorgenommen werden.

Die Parteigruppierung im Preußischen Landtag.

Obwohl die Weimarer Koalition im Plenum des Preußischen Landtags die Mehrheit hat, so entstehen für sie durch die Neubildung von Fraktionen doch eigenartige Zahlenverhältnisse in wichtigen Ausschüssen. Wenn dem Grafen Posadowski die angekündigte Fraktionsbildung (Voraussetzung 16 Abgeordnete) aus Christlichnationaler Bauernpartei (8), Deutschhannoveranern (4), Aufwertlern (2) und Völkisch-Nationalen (2) gelingt, die aber noch ebenso unsicher ist wie ihr Bestand, da von den fünf Hannoveranern eine endgültige Stellungnahme noch nicht vorliegt, würde sich in den wichtigen 21er-Ausschüssen, zu denen auch der Aeltestenrat gehört, folgende Verteilung der Sitze nach der Geschäftsordnung ergeben: Sozialdemokraten 6, Zentrum 3, Demokraten 1, Deutschnationale 4, Kommunisten 3, Volkspartei 2, Wirtschaftspartei, die bei den Wahlen Fraktionsstärke errungen hat, 1 und Fraktion Posadowski 1. Es stehen also 10 Sitzen der Weimarer Koalition 11 Sitze der Opposition gegenüber. Es wäre abwegig, daraus politische Folgerungen zu ziehen, da alle Entscheidungen erst im Plenum fallen und die Oppositionsstimmen in der Regel nicht einheitlich abgegeben werden wie die Stimmen der Regierungsparteien. Immerhin zeigt dieses Zahlenverhältnis, daß die Weimarer Koalition mit Störungen ihrer Arbeit in den Ausschüssen rechnen muß, wenn sie nicht Aenderungen in den Ausschußzusammensetzungen erreichen kann oder sich verbreitert.

Was die Frage der Erweiterung der Koalition in Preußen anlangt, so hat sich Ministerpräsident Braun verschiedentlich dahin geäußert, daß er kein Gegner einer Großen Koalition in Preußen sei. Er will sich aber für diese Bildung keine Bedingungen vorschreiben lassen, sondern sie zu dem Zeitpunkt und unter den Bedingungen schaffen, die ihm passen. Man nimmt daher, wie die „Kölnische Zeitung" schreibt, unter den Politikern des Preußischen Landtages an, daß eine eventuelle Umbildung der preußischen Regierung frühestens im Herbst vorgenommen wird und daß sich bei der diesmöglichen kurzen Tagung die Regierung auf eine Erklärung ihres Standpunkts beschränkt, daß sie aber im Gegensatz zu ihrer früheren Taktik sich diesmal nicht mit der Ablehnung eines Mißtrauensvotums, die unbedingt, da die Hälfte der Stimmen dazu notwendig ist, sicher ist, begnügen, sondern ein Vertrauensvotum fordern wird. Für das Zustandekommen der Großen Koalition dürfte es also vermutlich nicht ganz nebensächlich sein, wie sich die Deutsche Volkspartei bei der Abstimmung über dieses Votum verhält.

★

Die Kölner Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

:: **Köln**, 6. Juni. Heute vormittag 10 Uhr wurde im Volkshaus die Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses durch den Parteivorsitzenden Otto Wels eröffnet. Es sind etwa 100 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands anwesend, unter ihnen zahlreiche Mitglieder des Reichstags und der Landtage. Das politische Referat erstattete der Fraktionsvorsitzende Hermann Müller-Franken. Die Verhandlungen sind vertraulich und werden mit einem Gutachten des Parteiausschusses über die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsfrage abgeschlossen werden.

Die Ablehnung der Eisenbahn-Tariferhöhung.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin**, 6. Juni (Drahtb.)

Die Entscheidung des Reichskabinetts über die von der Reichsbahn geplante Tariferhöhung wird in der Oeffentlichkeit sehr lebhaften Beifall finden. Denn vorerst werden Preissteigerungen, die unfehlbar mit einer Hinaufsetzung der Tarife verbunden wären, vermieden werden können, eine Tatsache, die umso mehr ins Gewicht fällt, als die gute wirtschaftliche Konjunktur allmählich den Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Wenn das Reichskabinett zur Deckung des Kapitalbedarfs der Reichsbahn auf den Anleiheweg verweist, so ist offenbar an die Verwendung der Vorzugsaktien der Reichsbahn auf dem Inlandsmarkt gedacht, was bekanntlich der Dawesplan gestattet. Ob jedoch der Reparationsagent seine Zustimmung zu einer solchen Finanzoperation geben wird, kann mit Bestimmtheit nicht gesagt werden.

Im Augenblick läßt sich noch nicht übersehen, was die Reichsbahn nach dem ablehnenden Beschluß des Reichskabinetts tun wird. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn tritt am Samstag zusammen. Theoretisch bestehen zwei Wege, nämlich ein Beschluß, sich mit dieser Verschiebung der Entscheidung zunächst abzufinden und in einigen Monaten die von der Reichsregierung selbst angebotenen neuen Verhandlungen aufzunehmen; oder ein Appell der Reichsbahn, wenn sie eine solche Verschiebung nicht für möglich hält, an das Reichsbahn-Schiedsgericht.

Zu wünschen wäre, daß auch in Zukunft eine Tariferhöhung vermieden werden könnte. Diese Hoffnung ist jedoch nur sehr bedingt. In der Erklärung der Reichsregierung ist nur von einer Ablehnung „zur Zeit" die Rede. Was in einigen Wochen oder Monaten geschieht, weiß man noch nicht. Weiterhin darf aber nicht übersehen werden, daß die schwierige Situation der Reichsbahn auf die Lasten des Dawesabkommens zurückzuführen ist, was sich erst im kommenden Jahre völlig auswirkt. Zu den dringendsten Aufgaben des neuen Kabinetts wird die Inangriffnahme dieses Problems unfehlbar gehören.

★

Eine Erklärung des Reichsverkehrsministeriums.

Berlin, 6. Juni. Zu der Stellungnahme der Regierung zu dem Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Tariferhöhung erfahren die Blätter: Die Reichsregierung verkennt nicht, daß die Finanzlage der Reichsbahn auf lange Sicht hinaus eine gewisse Spannung zeigt. Bei der Unklarheit über die Gestaltung der Wirtschaft in den nächsten Jahren kommt es vor allem darauf an, die Reichsbahn zunächst für das Jahr 1928 sicher zu stellen. Die maßgebenden Faktoren haben sich nicht davon überzeugen können, daß die Reichsbahn durch Tariferhöhungen dies erreichen könnte. Man hat aber in etwa die Reichsbahn von der Sorge um ihre Finanzen erleichtern wollen und hat darum eine erneute Prüfung zugesagt. Die Reichsregierung will alsbald Verhandlungen mit den maßgebenden Instanzen aufnehmen, um mit allem Nachdruck Mittel und Wege zu finden, der Reichsbahn in der Kapitalversorgung zu helfen. Diese Verhandlungen schweben ja zum Teil schon und werden in den nächsten Tagen erneut aufgenommen werden. Die Reichsregierung hat eine Vereinbarung mit der Reichsbahngesellschaft ins Auge gefaßt, wie die Lasten auf eine längere Zeit hinaus verteilt werden können. Man will dabei in durchaus versöhnlicher Weise mit der Reichsbahn praktisch zusammenarbeiten, um ein Arrangement vom nächsten Jahre bis 1965 aufstellen zu können.

Genfer Besprechungen.

Schubert bei Paul-Boncour.

× **Genf**, 5. Juni. Am heutigen Nachmittag fanden wieder verschiedene Einzelbesprechungen zwischen Delegationsführern statt. Staatssekretär v. Schubert hatte Unterredungen mit dem holländischen Außenminister Beelarts, dem Berichterstatter über den Zwischenfall von Szent Gotthardt, und mit dem ungarischen Außenminister Walko. Am späteren Nachmittag suchte er Paul-Boncour auf, mit dem er sich eine Stunde lang ebenfalls über politische Punkte der Tagesordnung unterhielt. Die Annahme, daß der amerikanische Vorschlag eines Kriegsächtungspaktes gegenwärtig von den Juristen der in Frage kommenden Mächte in Genf erörtert wird, entspricht nicht den Tatsachen.

★

Presseempfang bei Chamberlain.

◇ **Genf**, 5. Juni. Bei einem Empfang der englischen Presse führte Chamberlain aus, er habe Wert darauf gelegt, trotz der von ihm lebhaft bedauerten Abwesenheit von Stresemann und Briand nach Genf zu kommen. Daß die im Rat behandelten Probleme unverändert ihre Wichtigkeit behalten, beweise die heutige Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Griechenlands und Albaniens, durch die eine der wichtigsten Völkerbundsfragen angeschnitten worden sei. Den Hauptteil seiner Ausführungen bildete eine scharfe Mißbilligung der Bestimmung der neuen litauischen Verfassung in Bezug auf Wilna. Es könne nicht Aufgabe des Völkerbundes sein, sich schützend vor einen kleinen Staat zu stellen, der dauernd in einem gefährlichen Winkel Europas Unruhe stifte. Chamberlain teilte außerdem mit, daß er nach seiner Unterredung mit Briand in Paris nunmehr auch mit Paul-Boncour in Genf in Verhandlungen getreten sei, um die Vereinigung einiger Differenzpunkte in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zwischen ihren beiden Ländern zu untersuchen.

★

Die Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats.

◆ **Genf**, 5. Juni. Der Präsident und der Generalsekretär des europäischen Mindenheitenkongresses, der in Genf alljährlich im August die Vertreter sämtlicher Minderheiten in Europa versammelt, haben an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, um ihren Standpunkt in Bezug auf die Neubesetzung des Postens des Leiters der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariates klarzulegen und sich dagegen zu wenden, daß auf diesen Posten, wie es den Anschein habe, entgegen der seitherigen Uebung der Vertreter eines Landes berufen werde, das selbst an Minderheitsfragen interessiert sei.

★

Der Bericht über den Zwischenfall von Szent Gotthard.

)(**Genf**, 6. Juni. Das „Journal de Genève" veröffentlicht auszugsweise den Bericht des Dreier-Komitees des Rates über den Zwischenfall von Szent Gotthard. Danach ergaben die Erhebungen der Rüstungssachverständigen, daß die Maschinengewehrbestandteile der beschlagnahmten Sendung von Maschinengewehren von der Firma Schwarzlose herrühren, daß jedoch wesentliche Bestandteile, wie Läufe, Kühler usw. für die vollständige Zusammensetzung fehlen. Es handelt sich um Material, das bereits vor oder während des Krieges hergestellt wurde. Der Bericht stellt fest, daß die Zerstörung in ausreichendem Maße erfolgt und jedes praktische Risiko der Verwendung zu Kriegszwecken ausgeschaltet sei. Die ungarische Regierung hat sich bei ihrem Vorgehen streng nach den Vorschriften des Bahnverkehrs und der Verzollung gerichtet, jedoch anscheinend die Feststellung des wirklichen Empfängers des Materials nicht für nötig gehalten. Die Erhebungen hätten nicht den Beweis dafür ergeben, daß das Material nicht dazu bestimmt gewesen wäre, das ungarische Gebiet wieder zu verlassen.

★

Das Mittwochs-Programm.

() **Genf**, 6. Juni. Die beiden Berichte des Dreier-Komitees über den Zwischenfall von Szent Gotthard und die Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten werden heute den Gegenstand einer Geheimsitzung bilden, in der beide Berichte wegen der besonderen Wünsche der Kleinen Entente und Frankreichs einer ersten Aussprache unterzogen werden sollen. In der heutigen öffentlichen Sitzung wird die litauische Minderheitenklage gegen Polen wegen Ausweisung von elf Priestern litauischer Zunge aus dem Wilnagebiet und der Bericht des holländischen Außenministers Beelaerts über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen zur Behandlung gelangen.

Glückwünsche zum 60. Geburtstage des Ministerpräsidenten Dr. Held.

)(**Berlin**, 5. Juni. Reichskanzler Dr. Marx sandte dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held aus Anlaß seines 60. Geburtstages nachstehendes Glückwunschtelegramm:

„Es ist mir eine ganz besondere Freude, Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, zur heutigen Vollendung des 60. Lebensjahres zugleich im Namen der Reichsregierung meine herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln zu können. Mit tiefer und innerer Genugtuung können Sie heute auf eine überaus erfolgreiche Arbeit zurückblicken, die Sie während eines langen politischen Lebens und namentlich in Ihrem jetzigen Amte im Dienste des Vaterlandes und insbesondere Ihrer engeren Heimat geleistet haben. Möge es Ihnen vergönnt sein, Ihr verdienstvolles Wirken zum Besten des Reiches und Ihres Landes in voller geistiger Frische und Gesundheit noch viele Jahre fortzusetzen."

Der Vertreter der Reichsregierung in München, Dr. v. Haniel, hat dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held anläßlich seines Geburtstages namens des Herrn Reichskanzlers ein Blumenarrangement überreicht.

Lebt Tschangtsolin noch?

)(**Tokio**, 6. Juni. Nach Telegrammen, die im Ministerium des Aeußeren eingegangen sind, trifft es nicht zu, daß Tschangtsolin seinen Verletzungen erlegen ist, vielmehr habe sich sein Befinden gebessert. Aus anderen Quellen liefen die widersprechendsten Nachrichten ein.

★

Chinesische Bitte um Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Tientsin.

Washington, 6. Juni. Das Staatsdepartement hat eine Mitteilung veröffentlicht, die General Hwangfu, der Minister des Auswärtigen der südchinesischen Regierung in Nanking, an den amerikanischen Gesandten in Peking, Mac Murray, gerichtet hat. In dieser gibt Hwangfu der Hoffnung Ausdruck, daß die amerikanischen Truppen aus Tientsin zurückgezogen werden würden und versichert, daß die amerikanischen Staatsangehörigen keinerlei Belästigung erfahren würden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Englische Kreuzfahrt in der Ostsee.

△ **London**, 6. Juni. „Morning Post" meldet, daß Kreuzer und Zerstörer der britischen atlantischen Flotte eine Kreuzfahrt in der Ostsee unternehmen werden. Das zweite Kreuzergeschwader wird Scapa Flow am 19. Juni verlassen. Zwei Kreuzer werden nach Besuchen in Helsingfors, Liebau und Riga am 2. Juli in Kiel eintreffen. Dort werden zwei weitere Kreuzer zu ihnen stoßen, die zuvor Reval, Memel und Danzig Besuche abstatten sollen. Am 2. Juli wird das ganze Geschwader durch den Kieler Kanal fahren, ein Ereignis, das, dem Blatt zufolge, seit der Zeit vor dem Kriege nicht zu verzeichnen war. Andere Schiffe werden skandinavische Häfen anlaufen.

Die territoriale Zugehörigkeit des Franz-Josef-Landes.

◇ **Moskau**, 6. Juni. Die Professoren Samoilowitsch und Derjupin, sowie mehrere andere Gelehrte teilen der Telegraphenagentur der Sowjet-Union mit, daß die Forschungsinstitute der Sowjet-Union Maßnahmen vorbereiten zur Errichtung einer Forschungsstation auf dem Franz-Josef-Land, das zum Sowjetgebiet gehört, was aus einem Beschluß des Zentralexekutivkomitees vom 15. April 1926 über die rechtliche Zugehörigkeit der Polargebiete hervorgehe, der seinerzeit vom Kommissariat des Aeußeren den Regierungen, mit denen die Sowjetunion diplomatische Beziehungen pflege, mitgeteilt worden sei.

Ausländische Polizeibeamte in Deutschland.

Ueber die Tätigkeit der ausländischen Polizeibeamten in Strafsachen innerhalb des Deutschen Reiches ist mit Zustimmung aller Länder die Vereinbarung getroffen worden, daß ausländische Polizeibeamte nicht befugt sind, selbständige Amtshandlungen innerhalb des Deutschen Reiches vorzunehmen. Wenn ausländische Polizeibeamte oder Sachverständige ausländischer Polizeibehörden innerhalb des Deutschen Reiches Ermittlungen in Strafsachen vornehmen wollen oder sollen, müssen ihre vorgesetzten ausländischen Behörden ein entsprechendes Ersuchen an die oberste Polizeibehörde des deutschen Landes oder an die örtlich oder sachlich zuständige Polizeibehörde richten. Diesem Ersuchen soll, falls die Gegenseitigkeit gesichert erscheint und sonstige Bedenken nicht bestehen, stattgegeben werden. Die Prüfung und Genehmigung des Ersuchens obliegt der obersten Polizeibehörde des Landes, in dem die Ermittlungen vorgenommen werden sollen. Die oberste Behörde kann die Prüfung und Genehmigung allgemein oder für besondere Fälle den nachgeordneten Behörden übertragen.

Wenn einem ausländischen Ersuchen stattgegeben wird, dann hat die zuständige deutsche Behörde die Ermittlungen, insbesondere die Vernehmungen allein vorzunehmen, wobei den ausländischen Beamten die Teilnahme gestattet werden kann. Die besonderen, für den Grenzverkehr geltenden Bestimmungen (Grenzbahnhöfe usw.) werden hierdurch nicht berührt.

Die erwähnte Prüfung und Genehmigung ist für Preußen allgemein den Landes-Kriminal-Polizeistellen übertragen. In besonderen Fällen ist das Landes-Kriminal-Polizeiamt (Polizeipräsidium) in Berlin zu benachrichtigen; besonders dann, wenn hinsichtlich der Gegenseitigkeit, die im Allgemeinen als gesichert gelten kann, Zweifel bestehen.

Ein neuer Mordprozeß in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 5. Juni. Heute früh begann vor dem Schwurgericht in Neustrelitz in Mecklenburg der Prozeß gegen den Kaufmann Brauer und den Pächter Krüger aus Blankensee wegen Mordes. Die Anklage wirft ihnen vor, den schwachsinnigen Knecht Rohde im Februar 1927 ermordet zu haben, um sich in den Besitz einer Versicherungssumme von 100 000 Mark zu setzen, die nach dem durch Bauer als Versicherungsagent mit Rohde geschlossenen Vertrag an Krüger ausgezahlt werden sollte. Tatsächlich wurde sie nicht ausgezahlt, weil die Versicherungsgesellschaft schon vorher gegen Bauer Verdacht geschöpft hatte und ihn beobachten ließ. Brauer hatte die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung des Rohde dadurch umgangen, daß er sich selbst mit den Papieren des Rohde hatte untersuchen lassen und den ärztlichen Bericht für Rohde eingereicht hatte. Rohde wurde kurz nach Abschluß der Versicherung tot in einem Wasserloch gefunden. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittelungen und die an der wieder ausgegrabenen Leiche vorgenommene Obduktion führten zum Verdacht gegen Brauer und Krüger und zur Anklage wegen Mordes.

Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident v. Buchka, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Müller, beide aus dem Jakubowski-Prozeß bekannt. Brauer ist wegen Diebstahls und unbefugten Waffenbesitzes vorbestraft. Rechtsanwalt Bahn (Berlin) beantragt die Ablehnung des Vorsitzenden, dieser habe, wie ihm mitgeteilt worden sei, den Staatsanwalt in unzulässiger Weise veranlaßt, die Anklage gegen Krüger, die zunächst nur wegen unterlassener Anzeige auf Beihilfe gelautet habe, auf Mittäterschaft zu verschärfen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er erst so spät diesen Antrag einreiche, der möglicherweise die großen Vorbereitungen zu diesem Prozeß unnütz mache, erklärte Rechtsanwalt Bahn, daß er erst gestern von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten habe. Im übrigen veranlasse ihn die durch den Jakubowski-Prozeß hervorgerufene allgemeine Aufmerksamkeit, bei diesem Prozeß in Neustrelitz seine Pflichten als Verteidiger mit ganz besonderer Sorgsamkeit wahrzunehmen.

Nachdem sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, verkündete der Vorsitzende, daß vorläufig die Verhandlung auf morgen früh vertagt werde. In der Zwischenzeit werde eine besondere Kammer über den Antrag der Verteidigung beschließen.

Tödliche Motorradunfälle in Oberschlesien.

× **Oppeln**, 6. Juni. In Gründorf bei Karlsruhe fuhr der Angestellte Beilmont mit dem Motorrad in einer Kurve in voller Fahrt gegen einen Baum. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und derart gräßliche Verstümmelungen, daß der Tod alsbald eintrat.

Auf der Strecke Krappitz nach Gogolin fuhr auf der abschüssigen Straße der Bankbeamte Ringel in den Chausseegraben. Mit einer schweren Gehirnverletzung wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, starb aber ebenfalls bald darauf.

In Neustadt unternahmen zwei Söhne eines dortigen Händlers eine Motorradfahrt. Der eine übernahm, trotzdem er keinen Führerschein besaß, eine Zeitlang die Führung des Rades und stieß mit einem Auto zusammen. Der auf dem Soziussitz fahrende Bruder wurde getötet, während der Führer selbst lebensgefährlich verletzt wurde.

★

Autounfall des Schriftstellers Ernst Toller.

◎ **Landsberg** (a. d. Warthe), 6. Juni. Ernst Toller ist gestern abend ein Automobilunfall zugestoßen. Der Wagen geriet auf der Chaussee ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Toller wurde durch Glassplitter leicht verletzt und konnte nach Anlegung eines Notverbandes nach Berlin zurückkehren.

Zwei Todesopfer eines Motorradunfalls.

)) **Stade**, 6. Juni. Auf der Rückkehr von einem Jahrmarkt fuhr in der Nacht zum Mittwoch ein mit zwei Personen besetztes Motorrad kurz hinter Himmelpforten auf ein Fuhrwerk auf. Der Führer war sofort tot, sein Begleiter wurde schwer verletzt und starb heute morgen im Krankenhaus.

Ein Autobus in Saragossa umgestürzt.

⊠ **Saragossa**, 5. Juni. Hier ereignete sich heute ein schwerer Verkehrsunfall. Ein in voller Fahrt befindlicher Autobus stürzte um. Eine Frau wurde getötet. 13 Personen erlitten schwere Verletzungen.

Schweres Automobilunglück in der Ukraine.

:: **Moskau**, 5. Juni. In Kitschkas, in der Ukraine, wurden auf der nach Dnjepr—Ostrol führenden Landstraße bei einem Zusammenstoß eines Autobusses mit einem Kraftwagen drei Personen getötet und 19 verletzt, darunter vier sehr schwer.

Acht jugendliche Opfer eines Automobilunglücks.

)) **Springfield** (Illinois), 6. Juni. Ein mit sieben Kindern und jungen Leuten im Alter von drei bis 17 Jahren besetztes Automobil, das von einem 19jährigen jungen Mann gelenkt wurde, wurde von einem Vorortzug erfaßt und völlig zertrümmert. Sämtliche Insassen und der Lenker kamen hierbei ums Leben.

Wirbelsturmkatastrophe in Steiermark

× **Graz**, 5. Juni. Der 10 Kilometer südwestlich von Gleichenberg entfernt auf einer Anhöhe liegende Ort Straden wurde um 4 Uhr nachmittags von einer verheerenden Wirbelsturmkatastrophe heimgesucht. Die Dächer der Häuser wurden durch den Sturm herabgerissen und mehrere Häuser zum Einsturz gebracht. Der Sturm entwurzelte viele Bäume und trug die Erde von den Feldern davon. Der Verkehr in den Straßen wurde vollkommen unterbunden, da Telefon- und Telegrafenstangen umgeworfen und die Bezirksstraßen von den entwurzelten Bäumen vollkommen verlegt sind. Der Turm der unterirdischen Kapelle, die neben der Pfarrkirche steht, ist eingestürzt. Der Wirbelsturm, der eine Viertelstunde dauerte, war von einem starken Hagelwetter begleitet. Die Schlossen bedeckten etwa 20 cm hoch den Boden. Viele Anpflanzungen wurden vernichtet. Einige Kinder sind verletzt worden.

Die Suche nach der „Italia".

Eine neue Nachricht?

◆ **Moskau**, 5. Juni. Nach einer Meldung aus Murmansk empfing die Radiostration Obdorsk am Montag abend 7.55 Uhr einen Funkspruch von der „Italia", demzufolge sich das Lenkluftschiff auf dem Franz-Josef-Land befindet. (Im Hinblick auf die gemeldeten Mitteilungen über die Sendemöglichkeit des Luftschiffes „Italia" muß wohl auch dieser Funkspruch mit größtem Vorbehalt aufgenommen werden.)

Ein russisches Dementi.

◆ **Moskau**, 5. Juni. Die Meldung, daß die Obdorsker Radiostation einen Funkspruch Nobiles aufgefangen habe, wird nicht bestätigt. In Gelehrtenkreisen hält man es jedoch für wahrscheinlich, daß Nobile auf Franz-Josef-Land niedergegangen ist. Am 11. Juni geht der Eisbrecher „Malygin" mit einem großen Wasserflugzeug von der Küste Nowaja Semljas ab.

Die schwedische Hilfsaktion für Nobile.

÷ **Stockholm**, 5. Juni. Auf Veranlassung des Kriegsministers soll schnellstens ein Uebereinkommen über das Scharten eines geeigneten Schiffes für die Beförderung der schwedischen Flugzeuge nach Spitzbergen getroffen werden. Die Flugzeuge werden baldmöglichst die Flüge von dort aufnehmen.

× **Oslo**, 6. Juni. Zeitungsmeldungen zufolge ist der Dampfer „Braganza" bis zum Nordcap des Nordostlandes vorgedrungen. Der Flieger Lützow Holm hat bei seinem ersten Erkundungsflug von der Virgo-Bucht aus nichts entdeckt.

Von Nah und Fern.

Zur Ermordung der beiden Lehrerinnen im Feldberggebiet.

Freiburg i. B., 5. Juni. Bei der Ermordung der beiden Lehrerinnen scheint es sich nicht nur um Lustmord, sondern auch um Raubmord zu handeln. Den beiden Leichen fehlen auch Geldbeutel und Schmucksachen. Die Landespolizeibehörde in Karlsruhe hat zur Aufklärung des Falles mehrere Beamte an den Tatort entsandt.

Unfall des Admirals Meyer-Waldeck.

((**Stuttgart**, 5. Juni. Admiral Meyer-Waldeck, der frühere Gouverneur von Tsingtau, erlitt einen Unfall. Der Admiral, der sich anläßlich der Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft in der württembergischen Hauptstadt aufhielt, geriet beim Ueberschreiten der Straße zwischen zwei elektrische Straßenbahnen. Er zog sich eine Kopfverletzung zu, die ihn jedoch von seiner Rückkehr nach Berlin nicht abhielt.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges.

◆ **Paris**, 6. Juni. Wie die Blätter aus Oran berichten, berührte ein Militärflugzeug mit zwei Offizieren an Bord eine elektrische Hochspannungsleitung und fing Feuer. Der Apparat stürzte ab und verbrannte. Der Pilot fand den Tod, während sein Begleiter mit leichteren Brandwunden davon kam.